

## **Offener Brief an den Bürgermeister und die Bauausschussentscheider\*Innen der Stadt Hardegsen Bezug: Neues Gewerbegebiet bei Hevensen**

Vieles nicht begriffen und nichts dazu gelernt – zu diesem Schluss kann Mensch nach der Lektüre des HNA-Berichtes: „20 Hektar mehr für neue Unternehmen“ kommen – hätte es doch besser geheißen: 20 Hektar bestes Ackerland werden zubetoniert! Das bedeutet, ein im Laufe einer über tausendjährigen Pedogenese entstandener guter Ackerboden wird unter TOP Ö10 und Sitzungsvorlage 2020/226-01 in wenigen Minuten per Beschluss für immer vernichtet – Boden ist aber nicht vermehrbar!

Wie wird in der Sitzungsvorlage so richtig festgestellt: „Heute wird die Ausweisung von Gewerbeflächen insbesondere von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen oftmals sehr kritisch beurteilt und begleitet“. Tatsächlich haben die in diesen Organisationen aktiven Menschen mehr Bewusstsein und Weitblick als die in neoliberaler kapitalistischer Wachstumsideologie verhafteten Entscheidungsträger\*Innen und sogenannten Volksvertreter\*Innen in den Kommunen. In Zeiten des Klimawandels und des Verlustes von Biodiversität sowie der immer häufigeren Kritik vieler seriöser Wissenschaftler\*Innen an dem Paradigma des unbegrenzten Wachstums bringen Beschlüsse zur Versiegelung von 20 Hektar besten Ackerbodens eine Geisteshaltung wie „Nach mir die Sintflut“ zum Ausdruck! Feiern wir doch unseren Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt und nutzen mehr als das Doppelte der Fläche von den uns eigentlich zustehenden 2000 m<sup>2</sup> Ackerboden pro Person zur Erzeugung unserer Lebensmittel. Dabei werden hierfür ca. 2000 m<sup>2</sup> Ackerfläche in fernen Ländern „okkupiert“. Noch anachronistischer werden solche Produktionsweisen vor dem Hintergrund der anschließenden Vernichtung von fast 40% nicht verbrauchter Lebensmittel. Eine solche Wirtschaftsweise ist menschenverachtend!

Selbst die Bundesregierung, unverdächtig der Unterwanderung von Umweltverbänden, will den Flächenverbrauch drastisch senken. Nach deren Zielsetzung und Empfehlung (von heute ca. 50 ha auf unter 30 ha täglich bis 2030) weist der Flächenrechner des Umweltbundesamtes eine Begrenzung des Anstiegs der Siedlungs- und Verkehrsflächen für die Stadt Hardegsen für die Jahre 2020-2022 von höchstens 1 ha aus! Diese sicherlich sinnvollen Empfehlungen scheinen vor Ort unbekannt oder werden mit großzügiger Ignoranz übergangen. Mit gleicher Haltung wurde bis heute auf eine Anfrage aus dem Stadtrat nach der Bilanz (finanziell und Arbeitsplatzbezogen!) des realisierten Gewerbegebietes in der Nachbarschaft geschwiegen. Die zitierte „un-erlässliche frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung“ drückt sich in Hardegsen auch darin aus, dass der Bürgermeister Projekte einstellt und 4 Tage vor entscheidenden Sitzungen die Beschlussvorlagen und Anhänge ins Netz stellt. „Über den Abschluss des städtebaulichen Vertrages entscheidet der Verwaltungsausschuss nach Abstimmung zwischen den Vertragsparteien“ steht dann da zu lesen! **In nicht öffentlicher Sitzung!** Wann soll hier eine demokratische, öffentliche

Diskussion und Meinungsbildung stattfinden? Während Herr Kaiser nach Presseberichten bereits drei Ansiedlungsinteressenten kennt, erläutert Frau Stutz auf die Anfrage nach der Art der Betriebe, dies stehe noch nicht fest! Was soll diese Geheimnistuerei und dieses Gemauschel? Alles bekommt die Öffentlichkeit jedoch nach Beschlussfassung in der Kaiserlichen Hauspostille dann auf ökologisch fragwürdigem Hochglanzpapier unter Ausschluss kritischer Stimmen offeriert. Neulich bezeichnete ein empörter Bürger diese Praxis als „Verwaltungsdiktatur, wie sie auch im Landkreis praktiziert wird“. Sicherlich lässt sich über diese Aussage streiten, aber die Kommunalverwaltung muss transparenter werden und die Kommunalpolitik engagierter und bewusster handeln. Wenn heute das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung zu effektiveren Maßnahmen zum Klimaschutz auffordert, so muss auch der unbändige und anarchische Flächenfraß aller Orten ein Ende haben: im Interesse einer lebenswerten Zukunft künftiger Generationen, von Schutz und Erhalt von Flora und Fauna sowie von qualitativ und quantitativ ausreichender Ressourcen an Boden, Wasser und Luft für alle Menschen!

Espol, den 01.05.2021

Kontakt:

BUND Kreisgruppe Northeim  
c/o Jürgen Beisiegel – Zur Höhe 19 – 37181 Hardegsen  
Tel.: 05555-809922 – mail:Juergen.beisiegel@nds.bund.net